

INTERGLOBAL

GRIECHENLAND

Explosive Stimmung

Chrissi Wilkens

Während die griechische Regierung mit dem Spardiktat kämpft, sinken ihre Zustimmungswerte deutlich ab. Rechtsextreme Gewalt und faschistische Propaganda nehmen zu.

Zum wiederholten Mal in der seit Jahren andauernden Krise Griechenlands steht die Regierung unter Druck. Die Koalition unter Ministerpräsident Alexis Tsipras sieht sich mit schlechten Umfragewerten konfrontiert. Die Schuldenerleichterung, die die Euro-Gruppe vorige Woche beschlossen hat, erscheint vielen Griechinnen und Griechen kümmerlich und mit einer sehr fernen Zukunft befasst.

Eine Reihe von Maßnahmen soll in den kommenden Jahrzehnten Risiken bei Zinssteigerungen verringern und teilweise die Laufzeiten der Schulden verlängern. Auf diese Weise plant die EU, den Schuldenstand Griechenlands im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2060 um etwa 20 Prozentpunkte zu verringern. Die EU-Länder erfüllen damit ein im Mai abgegebenes Versprechen.

Die europäischen Kreditgeber und insbesondere Deutschland verlangen von Griechenland bis 2028 einen Primärhaushaltsüberschuss, das heißt ohne Berücksichtigung des Schuldendienstes, von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Daher werden neue Sparmaßnahmen erwartet.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält dieses Ziel nicht für realistisch und fordert nach Angaben der griechischen Regierung Sparmaßnahmen für die Zeit nach 2018, damit er sich am Programm weiter beteiligt. Die griechische Regierung bezifferte die einzusparenden Summe auf 4,5 Milliarden Euro. Der griechische Finanzminister Efklydis Tsakalotos hat vorgeschlagen, den Primärüberschuss auf 2,5 Prozent ab-

zusenken und festzuschreiben, dass die eingesparten Milliarden für die Förderung der Wirtschaft verwendet werden.

Derweil versucht die griechische Regierung durch Sonderzahlungen Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen. Zu diesem Zweck will man auch Geld aus dem Primärüberschuss dieses Jahres verwenden. Dieser Plan wird von der EU und der deutschen Regierung kritisiert. Tsipras kündigte vorige Woche im Staatsfernsehen überraschend an, etwa 617 Millionen Euro aus dem Primärüberschuss einzusetzen, um für 1,6 Millionen Ruhestandler, die monatlich weniger als 850 Euro erhalten, die Rente aufzubessern. Dies käme zwei Dritteln der Rentnerinnen und Rentner zugute. Schätzungen zufolge bekommen mehr als eine Million der insgesamt 2,7 Millionen griechischen Rentnerinnen und Rentner weniger als 500 Euro im Monat. Viele von ihnen finanzieren mit der Rente ihre arbeitslosen Kinder und Enkelkinder. Bis zum 22. Dezember sollen sie die von Tsipras versprochene Sonderzahlung bekommen. Es handelt sich um eine einmalige Pauschale.

Mittlerweile sind offiziellen Daten zufolge mehr als 35 Prozent der Bevölkerung Griechenlands von Armut bedroht. Die Arbeitslosenquote liegt Schätzungen zufolge bei über 30 Prozent, junge Menschen wandern weiterhin aus, Unternehmen gehen in Konkurs. Die Älteren stellen eine besonders gefährdete Gruppe dar. Immer wieder sieht man in den Straßen Athens und anderer griechischer Städte Rentnerinnen und Rentner betteln, um Medikamente oder Lebensmittel bezahlen zu können. Es handelt sich um Menschen, die aufgrund der Rentenkürzungen und der anderen harten Folgen der langjährigen Austeritätspolitik verarmt sind.

Tsipras versucht indes nicht nur Rentner zu beruhigen. Er kündigte an, dass die für die ostägäischen Inseln geplante Mehrwehrsteuererhöhung nicht in Kraft treten soll. Die Lage dort ist seit Monaten extrem angespannt, Tausende Flüchtlinge sitzen als Folge des umstrittenen EU-Türkei-Abkommens fest und warten auf ihr Asylverfahren. Dieses Abkommen macht einen Transfer von Schutzsuchenden, über deren Anträge noch nicht entschieden worden ist, auf das Festland unmöglich. Der Mangel an Sacharbeitern und Dolmetschern ist groß, die EU-Partner schicken nicht die versprochenen Experten, um Griechenland zu unterstützen.

Schätzungen zufolge bekommen mehr als ein Drittel der griechischen RentnerInnen nicht einmal 500 Euro im Monat.

Nun hat Belgien sogar beschlossen, seine wenigen entsandten Beamten aus Sorge um deren Sicherheit nicht weiter auf den Ägäis-Inseln arbeiten zu lassen. Fast täglich gibt es Proteste von Schutzsuchenden in den dortigen Hot Spots. Rechtsextreme Gewalt und faschistische Propaganda nehmen erschreckend zu, während die Aussagen des Syriza-Abgeordneten und ehemaligen Justizministers Nikos Paraskevopoulos über die Notwendigkeit einer Annäherung an die Nazi-Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) harte Kritik und Irritationen auslösten.

Vorigen Monat griffen Neonazis das Flüchtlingscamp in Souda auf Chios mit Pflastersteinen und Feuerwerkskörpern an. Aber auch sonst

sind die Zustände in den Lagern schlecht. Ein paar Tage nach dem Neonaziangriff kamen im Hotspot von Moria auf Lesbos eine 60-jährige Kurdin aus dem Irak und ihr sechsjähriger Enkel durch einen Brand ums Leben. Das Feuer war im Zelt der Familie ausgebrochen, als der Gaskocher explodierte. Mit Besorgnis wurde in Griechenland die Empfehlung der EU-Kommission aufgenommen, ab März wieder Flüchtlinge auf der Basis des Dublin-Abkommens nach Griechenland zurückzuschicken. Das Abkommen sieht vor, dass jenes Land für das Asylverfahren zuständig ist, in dem der Schutzsuchende erstmals den Boden der EU betreten hat.

Die Flüchtlingsproblematik und die Schuldenkrise sind aber nicht das Einzige, was der griechischen Regierung Sorgen bereitet. Griechische Richter urteilen derzeit über die Auslieferung acht türkischer Soldaten an die Türkei. Die Männer sollen an dem gescheiterten Putsch im Juli beteiligt gewesen sein und waren in der Nacht des Umsturzversuchs mit einem Hubschrauber nach Griechenland geflohen. Dieser Gerichtsprozess belastet die ohnehin angespannten griechisch-türkischen Beziehungen. Die türkische Regierung stellt unter anderem die Hoheit Griechenlands über einige der Ägäis-Inseln in Frage.

In dieser innen- wie außenpolitisch extrem angespannten Situation gewinnen die Konservativen wieder an Zustimmung. Die Oppositionspartei Nea Dimokratia liegt seit Monaten in Umfragen vor dem Linksbündnis Syriza. In einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Marc liegt der Unterschied bei mehr als 15 Prozentpunkten: 30,5 Prozent der Befragten würden für Nea Dimokratia stimmen, 15,1 Prozent für Syriza.

An dritter Stelle befinden sich gleichauf die neonazistische Chrysi

FOTO: WIKIMEDIA



Im Aufwind: die griechischen Neonazis von der Partei „Goldene Morgenröte“, hier auf einer Kundgebung im März 2015 in Athen.

Avgi und die Kommunistische Partei Griechenlands mit 6,7 Prozent. Fast 60 Prozent der noch unentschiedenen Wähler, die sich bei den vergangenen Wahlen für Syriza entschieden hatten, kehrten der Partei mittlerweile den Rücken, während 65 Prozent der insgesamt Befragten meinen, Tsipras' Reise nach Kuba, um eine Rede für den verstorbenen Fidel Castro zu halten, sei falsch gewesen. 67 Prozent derjenigen, die Syriza gewählt hatten, beurteilen die Regierung mittlerweile negativ.

In der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Prorata für die regierungsnaher Zeitung Efimerida ton Syntakton wird eine Dominanz konservativer Ansichten deutlich. 46 Prozent der Befragten wandten sich gegen die Trennung von Staat und Kirche, nur 38 Prozent befürworteten diese. Etwa zwei Drittel stimmen der Gründung von privaten Universitäten

zu, nur ein Viertel will das nicht. Die Mehrheit befürwortet eine niedrigere Besteuerung von Unternehmen und die Entlassung von Staatsangestellten, deren Leistungen negativ beurteilt wurden.

Der Unmut der Bürgerinnen und Bürger entlädt sich teils in extremen Protestaktionen, wie zum Beispiel am Freitag voriger Woche im Hafen von Heraklion auf Kreta, als aufgebrachte Bauern mit Leuchtkugeln und Feuerwerk die Besatzungen von Fähren attackierten, die tagelang gegen die Sparmaßnahmen gestreikt hatten. Die Bauern forderten Sonderfahrten der Fähren, damit sie ihr Gemüse und Obst in Kühllastwagen exportieren können.

Am vergangenen Wochenende hat die Regierung von Alexis Tsipras zumindest eine Herausforderung gemeistert: Das Parlament hat den Haushalt des kommenden Jahres ge-

billigt. Tsipras nannte es das „erste Budget des Wachstums und des Aufschwungs“ seit Beginn der Krise, man rechnet mit einem Wachstum von 2,7 Prozent. Auf die Griechinnen und Griechen kommen unter anderem Erhöhungen indirekter Steuern, beispielsweise auf Tabak, Kaffee, Spirituosen und Treibstoff. Außerdem sollen die Ausgaben für Gehälter und Renten sinken.

Die zweite Überprüfung des laufenden dritten Sparprogramms durch die Gläubiger ist noch nicht abgeschlossen, wie es sich die Regierung gewünscht hat. Zu den offenen Punkten gehört eine Einigung der Gläubigerinstitutionen mit der Regierung über „Reformen“ im Arbeitsrecht. Es geht unter anderem um Einschränkungen beim Streikrecht sowie um Lockerungen beim Kündigungsschutz. In der Nacht von Sonntag auf Montag haben Unbekannte einen

Sprengmechanismus vor dem Arbeitsministerium in Athen deponiert. Die Detonation konnte rechtzeitig verhindert werden.

Chrissi Wilkens berichtet für die woxx aus Griechenland.

Nächste (Doppel-)Nummer:

Why-nachten

Stille Nächte laden zum Nachdenken ein: Über Mobilität und Identität, über Arbeitszeitverkürzung und Aufenthaltsverlängerung ... mehr als 50 Seiten geballte woxx-Kraft!

woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion und Layout:** David Angel *da* (david.angel@woxx.lu), Luc Caregari *lc* (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser *cat* (karin.enser@woxx.lu), Thorsten Fuchshuber *tf* (thorsten.fuchshuber@woxx.lu), Richard Graf *rg* (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter *sh* (susanne.hangarter@woxx.lu), Raymond Klein *lm* (raymond.klein@woxx.lu), Florent Toniello *ft* (florent.toniello@woxx.lu), Renée Wagener *rw* (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber *dw* (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • **Druck:** c. a. press, Esch • **Einzelpreis:** 2,20 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 90 € (Ausland zzgl. 32 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 40 € • **Konto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Médias, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • **Recherchefonds:** Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxemburg • **Büros:** 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxemburg • **E-Mail:** woxx@woxx.lu • **URL:** www.woxx.lu • **Tel.** (00352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79